

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d

Inhalt

Herbert Brückner zur Wirkung der Steuerreform auf den Gesundheitsbereich: Weniger Schwestern müssen für weniger Geld mehr arbeiten. Seite 1

Michael Müller MdB zur Krise an der Börse: Wirtschaftspolitische Neuorientierung überfällig. Seite 3

Dokumentation:

SPD-Präsidiumsmitglied Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB hat sich in einem Vortrag mit den Thesen von Ulrich Beck über die „Risikogesellschaft“ auseinandergesetzt. Auszüge Seite 4

42. Jahrgang / 207

29. Oktober 1987

Die Wirkung der Steuerreform im Gesundheitsbereich

Weniger Schwestern müssen für weniger Geld mehr arbeiten

Von Herbert Brückner
Ehemaliger Gesundheitsminister der Hansestadt Bremen
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Daß diese rechtskonservative Bundesregierung - in gesellschaftspolitischen Fragen ist die FDP noch „rechter“ als Teile der CDU - keine Politik für Arbeitnehmer macht, müßte sich nun langsam herumsprechen.

Die Hinnahme der hohen Arbeitslosigkeit und die Verweigerung von Beschäftigungsprogrammen - obwohl Geld genug da ist - sind schon eine arbeitnehmerfeindliche Haltung besonderer Art.

Das, was jetzt auf die Arbeitnehmer zukommt durch die sogenannte Steuerreform ist jedoch noch nicht gewohnterweise ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Frauen und Männer.

Bestimmte Berufsgruppen werden dabei ungewöhnlich hart getroffen, zum Beispiel Krankenschwestern/Krankenpfleger:

Die Lage der Krankenschwestern/Krankenpfleger in den Krankenhäusern ist gekennzeichnet durch

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos für
neu gewählte Bundestag
Presse- und
Beratungsausschüsse



- a) körperlich und psychisch schwere Arbeit in der Pflege kranker Menschen.
- b) Zusätzlichen Belastungen durch Schichtarbeit (Früh- und Spätschicht, Nachtschicht) und durch Sonntags- und Feiertagsarbeit.
- c) Geringe Entlohnung: Eine Stationschwester, 30 Jahre, ledig, ohne Kinder, erhält im Monat Brutto circa 2.500 DM, netto 1.600 DM.

Es sieht fast so aus, als sollten Krankenschwestern durch die Politik der jetzigen Bundesregierung besonders bestraft werden, wenn man die Folgen der jüngsten Entscheidung betrachtet:

- a) Allein durch die teilweise Besteuerung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie den Wegfall des Essensfreibetrages und durch den Wegfall des Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrages, muß eine Krankenschwester mit jährlich zusätzlichen Belastungen von 300 bis 400 DM rechnen!

Außerdem kommen erhebliche Belastungen dazu, die alle Arbeitnehmer betreffen.

So bezahlen die „kleinen Leute“ die sogenannte Steuerreform für die „Großen“.

- b) Da die gesamte sogenannte Steuerreform in erster Linie bei den Städten und Gemeinden zu Einnahmeverlusten führt, sind diese gehalten, Sparrunden und Kürzungsmaßnahmen vorzunehmen. Wo wird man streichen? Zum Beispiel unter anderem im Krankenhaus! Die Folge davon: weniger Stellen, keine Sonderleistungen; die Folge davon: mehr Arbeit und schlechtere Versorgung!

Das bedeutet weniger Schwestern müssen für weniger Geld mehr arbeiten! Unsozialer kann man es nicht machen! Der Protest gegen diese schlimme Politik muß sich in Briefen und Stellungnahmen an Politiker und Parteien, in Leserbriefen, auf öffentlichen Veranstaltungen und bei jeder Wahl mit dem Stimmzettel niederschlagen.

(-/29.10.1987/rs/fr)

* * *



Wirtschaftspolitische Neuorientierung überfällig

Der Börsenkrach darf nicht verharmlost werden

Von Michael Müller MdB

Von 1970 bis 1985 wuchs das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik nominal um 173 Prozent. Im gleichen Zeitraum stiegen die Kredite deutscher Banken an inländische Unternehmen und Privatpersonen um 265 Prozent. Während sich die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts deutlich abgeschwächt haben, stagniert der jährliche Anstieg der Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen auf einem deutlich höheren Niveau. Diese Wachstumsunterschiede zwischen Sozialprodukt und Verschuldung mögen auch eine Reihe unproblematischer Ursachen wie die Verlagerung von der Fremd- zur Eigenfinanzierung bei vielen Unternehmen haben.

Aber besondere Beachtung und wachsende Sorge muß die Tatsache finden, daß die Zinslast auch in unserer Volkswirtschaft stetig zunimmt und dabei realwirtschaftliche Entwicklung und monetärer Bereich auseinanderlaufen. Der Finanz- und Kreditsektor koppelt sich tendenziell von der tatsächlichen wirtschaftlichen Reichtumsproduktion ab.

Gerade vor dem Hintergrund der starken Einbrüche an den internationalen Börsen darf diese Entwicklung nicht verharmlost werden. Es mehren sich die kritischen Stimmen, daß ein ständig schwerer lastendes Zinsgewicht zu einem Zerbrechen der ökonomischen Basis führen kann, und es damit zu einer monetär eingeleiteten Krise der Weltwirtschaft kommt. Zinseinkommen sind keine „Leistungseinkommen“, sondern bedeuten faktisch Transfers zugunsten von Geldvermögensbesitzern. Damit verstärkt sich die Einkommens- und Vermögenskonzentration, schwächt sich die Nachfrage tendenziell weiter ab und werden notwendige finanzielle Mittel dem Investitionsbereich entzogen.

Die bundesdeutsche Diskrepanz zwischen Verschuldungswachstum und realer Kapitalbildung ist noch harmlos im Vergleich zu dem, was sich seit einigen Jahren in den USA abspielt. Der rapide Anstieg der Verschuldung und die rasch kumulierende Zinslast bilden das Hauptproblem der krisenhaften US-Wirtschaft, die immer mehr zum Gefahrenherd für die Zukunft der Weltwirtschaft wird. Allzu häufig wird das Bild auf die Staatsverschuldung verengt, damit aber wird das Problem nicht richtig erfaßt. Gescheitert ist vielmehr die konservative Angebotspolitik. Sie schleunigst zu beenden und - solange wir dazu noch die Möglichkeit haben - qualitative Wachstumsfelder zu stärken, ist die Hauptaufgabe einer überfälligen wirtschaftlichen Neuorientierung.

(-/29.10.1987/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Heidemarie Wiczorek-Zeul: Konsequenzen aus der Erkenntnis der Risiken ziehen

Heidemarie Wiczorek-Zeul, Mitglied des SPD-Parteipräsidiums, hat sich vor dem Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft mit Ulrich Beck's Buch „Risikogesellschaft auf dem Weg in eine andere Moderne“ auseinandergesetzt. Wir dokumentieren eine Kurzfassung des Referats unter dem Titel „Leben in der Risikogesellschaft - Anpassungszwang oder vorausschauende Gestaltung des ökonomischen Wandels“.

Ich stimme der Auffassung von Ulrich Beck zu, daß wir uns in einer Industriegesellschaft mit qualitativ neuen Risiken befinden. Wobei ich allerdings betone, daß die „soziale Frage“ der klassischen Industriegesellschaft noch lange nicht ausreichend und demokratisch beantwortet ist. Im Gegenteil, unter der jetzigen Regierung verschärft sich die soziale Frage noch. Stichworte: Neue Armut, wachsende Massenarbeitslosigkeit. Die soziale Frage wird überlagert und oft verschärft durch neue Widersprüche, Gefährdungen und Risiken, die aus der industriellen Produktion, dem Modell der bisherigen Wachstums- und Technikorientierung, resultieren und die, wiewohl nicht „klassenneutral“ alle Klassen und Schichten unserer Gesellschaft treffen.

Ich denke, die Politik muß Konsequenzen aus dem ziehen, was die sogenannte Grundlagenkommission der Vereinten Nationen „on environment and development“ in ihrem Bericht, der im Frühjahr dieses Jahres publiziert wurde, festgestellt hat.

Das erste Treffen dieser Weltkommission für Umwelt und Entwicklung fand 1984 statt. In den Zeitraum von zweieinhalb Jahren ihrer Arbeit fallen folgende Ereignisse:

- In Afrika erreicht die Dürrekatastrophe ihren Höhepunkt; 35 Millionen Menschen sind betroffen. Eine Million sterben.
- Bei einem Unfall in einer Düngemittelfabrik im indischen Bopal kommt es zum Austritt giftiger Gase. Mehr als 2.000 Menschen sterben, über 200.000 erblinden oder tragen andere Schäden davon.
- Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat in ganz Europa atomaren fall out zur Folge und erhöht das Risiko, künftig an Krebs zu erkranken.
- Beim Brand eines Lagerhauses von Sandoz in Basel gelangen chemische Düngemittel, Reinigungsflösungen et cetera in den Rhein. Dies hat ein massives Fischsterben und die Gefährdung des Grundwassers in der Bundesrepublik und den Niederlanden zur Folge.
- Weltweit sterben in dem Zeitraum von zweieinhalb Jahren 80 Millionen Menschen an verschmutztem Trinkwasser und an Unterernährung. Die meisten Opfer sind Kinder.

Die Weltwirtschaft hat mittlerweile ein Volumen von 13 Billionen Dollar erreicht. Die Industrieproduktion stieg im Verlauf der letzten 100 Jahre um mehr als das 50fache. Vier Fünftel davon entfallen auf die Zeit seit 1950. Diese Zahlen zeigen, welche dramatischen Auswirkungen dieses Wachstum auf die Biosphäre haben mußte.

Der „technische Fortschritt“ hat zu völlig neuen Formen der Umweltverschmutzung geführt. Er führt auch zu in den Ablauf der Evolution eingreifenden neuen Lebensformen.

Die Risiken der Industrien, die am stärksten auf Umweltreserven angewiesen sind, werden in die Dritte Welt verlagert. So entstehen zusätzlich zu den bereits bestehenden dramatischen Ungleichheiten zwischen Nord und Süd neue Ungleichheiten.



Ulrich Beck beschreibt meines Erachtens zutreffend eine Reihe von Konsequenzen für das Bewußtsein von Menschen, mit der sich die Politik auseinandersetzen muß:

1. Eine gewisse „Enttraditionalisierung“ der Klassenstrukturen.

Die soziale Frage ist verbunden mit einem kollektiven Engagement der Gruppe von Betroffenen, um ihre gemeinsamen Interessen zu verwirklichen, unter anderem mit dem solidarischen Engagement für mehr Gerechtigkeit und Gleichheit. Risiken treffen dagegen zumeist alle sozialen Gruppen und Schichten. Sie werden deshalb auch nicht klassenspezifisch wahrgenommen. Beck drückt das folgendermaßen aus: „Armut und Elend kann man ausgrenzen, die atomare Verseuchung nicht“. Die Auswirkungen dieser Risiken auf das Bewußtsein von Menschen bedeuten auch aus meiner Sicht einen stärkeren Schub zu individueller Wahrnehmung und Verarbeitung von Problemen durch die Menschen.

2. Ist die Solidarität in der „sozialen Frage“ eine Solidarität der Arbeitnehmer/innen im weitesten Sinne zugunsten eines politischen und sozialen Ziels, so ist die Solidarität in der Risikogesellschaft eine „Solidarität, um Schlimmeres zu vermeiden“, eine „Solidarität der Angst“, wie Beck es ausdrückt. Zu Recht sagt er daher, daß der Umgang mit Angst und Unsicherheit zu einer Schlüsselqualifikation der Risikogesellschaft werden muß. Angst kann von der Politik sehr unterschiedlich beantwortet werden:

- autoritär, wie es einer breiten Tradition deutscher Geschichte entspricht. „Hunger nach Ordnung und Verlässlichkeit läßt die Geister der Vergangenheit lebendig werden“ (Beck);
- leugnend. Da Risiken Gefahren in der Zukunft sind, kann man sie leugnen und verdrängen. Dies ist die offizielle Regierungslinie des „weiter so“, dies prägt zum Beispiel ihre Haltung zur Atomenergie.
- Ich meine: Die Reaktion der Politik muß sein, mehr Information, mehr Durchschaubarkeit zu ermöglichen. „Quelle der Gefahr ist nicht das Wissen, sondern das Nichtwissen“. Die Konsequenz muß sein, die technisch-ökonomische Entwicklung demokratischer zu gestalten und auf ihre Folgen hin zu überprüfen. Mit anderen Worten: Mehr Teilhabe von Bürger/innen zu ermöglichen.

3. Der Verlust von Vertrauen in die Politik ist nicht nur verursacht durch Skandale und die Verrohung der politischen Kultur, er resultiert meines Erachtens auch aus dem krassem Mißverhältnis zwischen „offizieller Handlungsvollmacht, die sich politisch gibt und ohnmächtig wird, und einer Breitenveränderung der Gesellschaft (über neue Technologien und wirtschaftliche Entwicklung), die Entscheidung verschlossen auf den leisten aber unaufhaltsamen Sohlen des Unpolitischen daherkommt“ (Beck).

Es stimmt, die Gesellschaftsveränderung findet heute nicht im Parlament statt, sondern in den Forschungslaboratorien, in den zum Beispiel über neue Gen-Reproduktions- oder Medientechnologien geforscht wird.



Die Konsequenzen aus den geschilderten Entwicklungen und Veränderungen können aus meiner Sicht nur lauten:

Wir brauchen eine Demokratisierung der technisch-ökonomischen Entwicklung. Der Grundgedanke lautet: Die Mit- und Gegenregierungen der technisch-ökonomischen Subpolitik - Wirtschaft und Forschung - sollen in die parlamentarische Verantwortung hereingeholt werden. Das falsche Nacheinander von Forschungs- und Investitionsentscheidungen einerseits und öffentlicher politischer Diskussion soll aufgebrochen werden. Wir brauchen zum Beispiel in der Bundesrepublik eine organisierte Technologiefolgenabschätzung. Es ist unverständlich, warum zum Beispiel beim Deutschen Bundestag kein unabhängiges Beratungsinstitut in diesen Fragen besteht, wie das in den USA bereits seit 1972 existiert.

Wir müssen mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß neue Energietechniken das Gesicht unserer Gesellschaft prägen:

- Einspartechniken, die augenblicklich wieder vernachlässigt werden und deren Potential noch lange nicht ausgeschöpft ist;
- regenerative Energietechniken, die langfristig der Hauptträger der Energieversorgung sein müssen;
- wir müssen alles tun, damit zum Beispiel die Chancen der solaren Wasserstofftechnologie wirklich ausgelotet werden.

Wir müssen die ökologische Umorientierung und Erneuerung unserer Volkswirtschaft auf allen Ebenen anpacken. Sie muß reichen von der Produktidee, der Produktplanung über den Produktionsprozeß bis hin zum Verbrauch und zur Wiedergewinnung von benutzten Stoffen. Sie muß alle wirtschaftlichen Entscheidungen und Abläufe bestimmen.

Zu überlegen ist, ob nicht eine „ökologische Buchhaltung“ praktiziert werden soll, in der der von einer Wirtschaftseinheit ausgehender Energie-, Material- und Bodenverbrauch so wie die Abfälle „berechnet“ werden.

Umweltpolitik muß die Bedingungen schaffen, damit die Umweltkosten im Produktionsprozeß selbst berücksichtigt werden. In diesen Zusammenhang gehört zum Beispiel ein verändertes Haftungsrecht; das heißt eine verschuldensunabhängige Haftung sowie ein gemeinschaftliches Haftungsrecht aller am Produktionsprozeß Beteiligten, ähnlich wie es in Japan seit längerem verwirklicht ist und wie es jetzt auch die Kommission vorgeschlagen hat.

(-/29.10.1987/vo-ha/rs)

* * *

